

Report

Ein Mitglied der  UniCredit Group

Bank Austria
Creditanstalt

Die Bank zum Erfolg.



Forschung

Der Schlüssel zu mehr Wachstum

Österreichs Fremdenverkehr

besteht im internationalen Wettbewerb

Inhalt

Editorial	3
Österreich	
Konjunktur Österreich 2007.....	4
BA-CA Konjunkturindikator.....	6
Österreichs Fremdenverkehr.....	7
International	
Internationale Konjunktur und Finanzmärkte.....	9
Regionaler Überblick CEE.....	10
Fokus	
Forschung sichert die Zukunft.....	12
Österreich in der Europäischen Union.....	14
Daten und Fakten	
Österreich/International.....	16
Osteuropa.....	18

Die Autoren dieser Ausgabe:

KommR Franz Birk.....	Mitglied des Beirats der ÖGfE, Senior Consultant IFES
Mag. Stefan Bruckbauer.....	Leiter-Stv. der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt
Mag. Kurt Fesselhofer.....	Mitarbeiter der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt
Mag. Marianne Kager.....	Leiterin der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt
Mag. Walter Pudschedl.....	Mitarbeiter der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt
Debora Revoltella.....	Leiterin der Abteilung Research CEE der Bank Austria Creditanstalt
Mag. Stefan Schaller.....	Wissenschaftlicher Mitarbeiter der ÖGfE
Mag. Günter Wolf.....	Mitarbeiter der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt

Impressum:

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: Bank Austria Creditanstalt AG
<http://www.ba-ca.com>
E-Mail: economic.research@ba-ca.com
Redaktion: Abteilung Economics and Market Analysis, Mag. Kurt Fesselhofer +43 (0) 50505 DW 41953;
Produktion: Public Relations/Medien +43 (0) 50505/DW 56141 (Bestellung)
Redaktionsschluss: 12. März 2007
Abdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH, Faradaygasse 6, 1030 Wien
Produktion: Horvath, Leobendorf
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Titelfoto: BuenosDias

Publikationen-Service:

Telefon: +43 (0) 50505/DW 56148
Fax: +43 (0) 50505/DW 56945
E-Mail: pub@ba-ca.com

Über die neuesten Publikationen zu Österreich und CEE informieren Sie die BA-CA EconomicNews.
Die Anmeldung für den Gratisbezug des elektronischen Newsletters kann direkt unter
<http://economicresearch.ba-ca.com> vorgenommen werden.

Offenlegung nach §25 Mediengesetz

Aufsichtsrat:

Dr. Alessandro Profumo,
Vorsitzender
KR Franz Rauch,
stv. Vorsitzender
Sergio Ermotti
Dr. Paolo Fiorentino
Dr. Dario Frigerio
Dr. Roberto Nicastro
Dr. Vittorio Ogliengo
Karl Samstag
Dr. Gerhard Scharitzer
Dr. Wolfgang Sprößler
Wolfgang Heinzl
Mag. Adolf Lehner
Emmerich Perl
Thomas Schlager
Martina Icha
Heribert Kruschik

Vorstand:

Dr. Erich Hampel,
Vorsitzender, Generaldirektor
Willibald Cernko
Thomas Groß
Mag. Wilhelm Hemetsberger
DDr. Werner Kretschmer
Andrea Moneta
DDr. Regina Prehofer
Dr. Johann Strobl
Robert Zadrazil

Mit einem Anteil von über 25% am Medieninhaber beteiligt:

UniCredit Italiano S.p.A., IT-Genua
satzungsmäßige Adresse:
Via Dante 1, 16121 Genua, Italien
Verwaltungssitz:
Via San Protaso 3, 20121 Mailand, Italien
Firmenbuchnummer 00348170101

Registriert im Register der Kammer für Handel
Industrie Gewerbe und Landwirtschaft Genua,
Abteilung Firmenbuch

Verwaltungsrat: Franco Bellei, Gianfranco Guttly,
Fabrizio Palenzona, Alessandro Profumo, Dieter
Rampl, Anthony Wyand

Grundlegende Richtung:

Wirtschaftsinformationen, Länder- und Branchen-
analysen mit Schwerpunkt Österreich



Die BA-CA, ein Mitglied der UniCredit Group, ist die klare Nummer 1 in Österreich. Zusammen mit der UniCredit Group betreibt sie das größte Bankennetzwerk in Zentral- und Osteuropa (CEE), einem der weltweit stärksten Wachstumsmärkte. In dieser Region betreut die Gruppe mit 65.000 Mitarbeitern in 3.000 Geschäftsstellen rund 17 Millionen Kunden.



100 Mrd. und mehr

Starke Exportperformance, Globalisierung, niedrige Technologieexporte

Das abgelaufene Jahr war erneut ein Rekordjahr für den österreichischen Außenhandel. 107 Mrd. Euro Exporte, ebensolche Importe, eine ausgeglichene Handelsbilanz, ein Überschuss in der Leistungsbilanz sowie zweistellige Zuwachsraten sind Grund zur Freude. Dass dies keine Eintagsfliege ist, sondern vielmehr den Trend der letzten Jahre bestätigt, ist ein Faktum. Das österreichische Wirtschaftswachstum war ganz wesentlich vom Exportwachstum bestimmt.

- Für seine Größe ist Österreich sicherlich so etwas wie ein Außenhandelschampion. So erreicht Österreich mittlerweile einen Weltmarktanteil von 1,2 % und hat damit einen Anteil, der mit dem Indiens oder Australiens zu vergleichen ist. Aber auch Österreichs Anteil an den Exporten der EU ist weit höher als es die Wirtschaftsleistung erwarten ließe und ist seit Beginn der österreichischen EU-Mitgliedschaft von 2,4 % auf 3,4 % im Jahr 2006 gestiegen.
- Mit einer Exportquote für Waren und Dienstleistungen von über 50 % gehört Österreich außerdem zu den exportintensivsten Staaten. Die Warenexporte sind im Durchschnitt der letzten 25 Jahre in etwa doppelt so stark gestiegen wie das BIP.
- Dazu beigetragen haben aber nicht nur der EU-Beitritt und die Ostöffnung. Seit Mitte der 90er Jahre hat Österreich eine besonders starke Performance nach Übersee, und hier vor allem in die USA gezeigt. Der Anteil der USA-Exporte hat sich zwischen 1995 und 2006 von 3 % auf 6 % de facto verdoppelt.
- Mehr und mehr Unternehmen nutzen Geschäftschancen im Ausland. Innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich die Anzahl der österreichischen Exportfirmen auf rund 30.000 verdoppelt.

- Parallel zur Exportentwicklung hat sich auch die Internationalisierung des Landes stark erhöht. So sind die Direktinvestitionen nach Österreich als auch jene von Österreich in andere Länder stark gestiegen. Waren die grenzüberschreitenden Neuinvestitionen in den 80er Jahren meist unter 0,3 % des BIP, so stiegen sie in den 90er Jahren auf 1 % und liegen seit 2000 in den weiteren Jahren um die 3 % des BIP.
- Die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich erstellt jährlich den KOF-Globalisierungsindex, der die wirtschaftliche, soziale und politische Globalisierung misst. Der Index setzt sich aus 25 Variablen zusammen und umfasst 122 Länder. Auf Basis dieses Index sind Belgien und Österreich die am stärksten globalisierten Länder der Welt, wobei insbesondere die politische und wirtschaftliche Integration gestiegen ist.
- Angesichts höherer Wachstumsraten als bei den Haupthandelspartnern, höherer Exportzuwächse und einer Drehung der Leistungsbilanz von Minus in Plus wird man Österreich auch nicht als Globalisierungsverlierer einstufen können.
- Trotz der hier beschriebenen Erfolge gibt es aber auch keinen Grund, sich aufs sanfte Ruhekitzen zu legen.
Das Exportparadoxon: Die hohen Wachstumsraten dürfen nicht den Blick darauf verstellen, dass Österreich nach wie vor einen niedrigen Anteil an Hochtechnologieexporten hat. Der Anteil dieser Kategorie liegt im EU-Durchschnitt bei 18 %, in Irland bei 20 %, in UK bei 23 % und in Ungarn bei 22 %; in Österreich bei 15 %.
- In dieselbe Richtung geht eine Untersuchung des WIFO. Sowohl technologieintensive Exporte als auch Exporte mit einem hohen

Qualifikationserfordernis haben in Österreich einen signifikant niedrigeren Anteil als in der EU, ja teilweise sogar niedriger als in den österreichischen Nachbarstaaten. Technologieintensive Exporte machen in der EU 38 %, in Ungarn 50 %, in Österreich 30 % aus.

- Österreichs Exportperformance vis-à-vis der EU und anderen Industrieländern würde eigentlich eine stärkere technologie- und qualifikationsintensive Industriestruktur erwarten lassen. Eine mögliche Erklärung für dieses „prima vista“-Paradoxon ist, dass sich mit den gegebenen Statistiken zwar intersektorale Unterschiede messen lassen, jedoch nicht intrasektorale. Die Export-Unit-Values sprechen dafür, dass innerhalb einer Produktkategorie in Österreich am oberen Ende des Qualitäts-/Preisbandes produziert wird. Damit kann ein Teil des „Paradoxons“ erklärt werden.
- Langfristig muss aber gelten, dass in einem Hochlohnniveau-Land wie Österreich der Erfolg nur mit qualitativ hochwertigen und technologieintensiven Exporten zu erzielen ist.
- Voraussetzung dafür sind Investitionen in die „Infrastruktur“: Bildung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung.

Ohne diese Initiativen werden die schönsten Exporterfolge nicht nachhaltig sein.



marianne.kager@ba-ca.com

Marianne Kager

Konjunktur 2007

Hohes Wirtschaftswachstum 2007 dank starkem Jahresbeginn

Österreichs Wirtschaft geht mit einem hohen Wachstum ins neue Jahr. Trotz Einbremsung im Jahresverlauf 2007 könnte dadurch ein reales BIP-Wachstum von 2,8 % erreicht werden. Positiv: In zunehmendem Ausmaß wird die Konjunktur nun auch durch die inländische Nachfrage gestützt. 2008 sollte sich das Wirtschaftswachstum auf das Niveau des langfristigen Wachstumspfades einpendeln (+2,3 %).

Das Konjunkturhoch der zweiten Hälfte 2006 setzte sich nach den bisher vorliegenden Zahlen auch im ersten Quartal 2007 fort. Die Annahme eines kräftigen Wirtschaftswachstums wird durch die jüngsten Ergebnisse von Stimmungsbarmetern untermauert. Die gestiegene Stimmung der Konsumenten sollte sich 2007 in einem kräftigeren Konsumwachstum widerspiegeln und auch die Warenexporte dürften weiterhin wesentliche Wachstumsimpulse für die heimische Wirtschaft liefern.

Während aber 2006 der Jahresanfang – im Vergleich zu den restlichen Quartalen – den schwächsten BIP-Zuwachs aufwies, dürfte im laufenden Jahr die Entwicklung entgegengesetzt verlaufen. Wir rechnen damit, dass im ersten Quartal 2007, im Jahresabstand, ein Wirtschaftswachstum nahe bei 3,5 % erreicht werden kann, während die folgenden Quartalsergebnisse bis zum Jahresende sukzessive auf einen Zuwachs von etwa 2 1/4 % absinken werden.

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf die für den Jahresverlauf erwartete Abschwächung der internationalen Konjunktur zurückzuführen, wodurch auch die österreichische Exportindustrie eine deutliche Abschwächung erfahren wird. Der gegenüber den Vorjahren dynamischere private Konsum wird mit

dazu beitragen, dass im Jahresdurchschnitt 2007 ein reales Wirtschaftswachstum von 2,8 % erreicht werden kann. Tendenziell wird sich diese Entwicklung (schwächeres Exportwachstum, etwas höhere Dynamik des privaten Konsums) auch 2008 fortsetzen. Wir gehen davon aus, dass 2008 das österreichische BIP real um 2,3 % zunehmen wird und diese Erhöhung somit auf dem Niveau des durchschnittlichen langfristigen Konjunkturwachstums liegen wird.

Weltwirtschaft wächst schwächer

In der nächsten Zeit wird die Weltwirtschaft mit 4,4 % (2007; real) und 4,3 % (2008) schwächer als in der Periode 2004 bis 2006 (durchschnittliches Wachstum von über 5 % pro Jahr) zunehmen. In den USA wird das reale BIP-Wachstum im Prognosezeitraum – erstmals seit 3 Jahren – sowohl 2007 (+2,4 %) als auch 2008 (+2,8 %) unter der 3-Prozent-Marke liegen.

Auch für den Euroraum wird mit einer etwas schwächeren Konjunktur gerechnet, wenngleich hier die Abschwächung gegenüber 2006 (+2,8 %) mit Zuwachsraten von 2,3 % (2007) bzw. 2,2 % (2008) moderat verlaufen wird. Einen wesentlich deutlicheren Wachstumseinbruch erwarten wir für Deutschland. Nach dem Zwischenhoch im Jahr 2006, wo neben der Auslandsnachfrage auch die Inlandsnachfrage (unterstützt durch die Sonderfaktoren Fußball-WM und Vorzieheffekte der Mehrwertsteuererhöhung 2007) eine steigende Tendenz aufwies, wird für 2007 und 2008 nur mehr eine reale BIP-Steigerung von jeweils rund 1,5 % angenommen (2006: +2,7 %).

Exportkonjunktur verliert an Kraft

Die schwächere Weltwirtschaft wird in den nächsten Jahren eine Wiederholung der guten Exportziffern des Jah-

res 2006 kaum zulassen. Nominell stiegen 2006 die Warenexporte um 12,7 %, wobei bei den volumsmäßig wichtigeren Ländern vor allem die Steigerungen bei den Exporten nach Russland (+31,2 %), Rumänien (+31,1 %), Polen (+25,6 %), USA (+15,5 %), Slowenien (+13,3 %), Italien (+13,2 %), Deutschland (+12,9 %) und in die Tschechische Republik (+12,2 %) ins Gewicht fielen.

Real stiegen die Warenexporte 2006 um 9,3 %. Durch die schwächere internationale Konjunkturentwicklung wird dieses Ergebnis 2007 nicht erreicht werden können. Wir rechnen mit einem Rückgang des Exportwachstums auf +6,1 % bzw. für 2008 auf +5,9 %.

Bei den Warenimporten wird zwar der Bedarf an Importen für Vorleistungen der Exportindustrie sinken, gleichzeitig wird aber der im Vergleich zu den Vorjahren kräftigere private Konsum die Nachfrage nach Importgütern heben. 2007 sollte daher das reale Wachstum der Warenimporte mit 5,5 % nur geringfügig schwächer sein als 2006 (+6,0 %), für 2008 erwarten wir sogar eine Steigerung um 6,2 %.

Weiterhin Bedarf an Ausrüstungsinvestitionen

Der 2006 zu verzeichnende hohe Bedarf an Ausrüstungsinvestitionen (realer Zuwachs um 5,3 %) wird voraussichtlich auch 2007 zu einer starken Steigerung in diesem Bereich führen. Dies dürfte auf den Ersatzbedarf für veraltete Investitionsgüter sowie auf Erweiterungsinvestitionen in Hinblick auf die gute konjunkturelle Entwicklung in Österreich zurückzuführen sein. Für 2007 erwarten wir daher bei den Ausrüstungsinvestitionen ein Wachstum von 5,3 % (real). Durch die für 2008 erwartete Konjunkturabschwächung wird sich dieses Wachstum auf 3,2 % reduzieren.

Kräftige Bauwirtschaft

Die heimische Bauwirtschaft hatte 2006 ein sehr erfolgreiches Jahr zu verzeichnen und die Chancen für eine Fortsetzung zufrieden stellender Ergebnisse scheinen recht gut zu sein. Sowohl der Hoch- als auch der Tiefbau

wiesen 2006 eine positive Entwicklung auf. Der Wohnungs- und Siedlungsbau wuchs nominell um rund ein Viertel, auch der sonstige Hochbau und die Adaptierungsarbeiten wiesen zweistellige Zuwächse auf. Nur der Industrie- und Ingenieurbau hatte sinkende Umsätze. Ebenfalls zweistellige Steigerungsraten erreichte der Tiefbau, wobei insbesondere der Eisenbahnoberbau sowie der Brücken- und Hochstraßenbau die höchsten Zuwächse erzielte.

Real erreichten die Bauinvestitionen 2006 ein Plus von 4 %. Wir gehen davon aus, dass auch 2007 mit einem Zuwachs von 3,5 % (real) ein ähnlich hohes Wachstum erzielt werden kann und erst ab 2008 eine Abschwächung auf +2,4 % eintreten wird.

Konsumneigung steigt

Die Ausgabenfreude der Konsumenten war 2006 im Hinblick auf die sehr gute Konjunktursituation eher schwach (+1,7 %; real). Für 2007 erwarten wir eine doch deutlichere Verbesserung der Konsumentenstimmung und damit einhergehend ein stärkeres Konsumwachstum (+2,2 %; real). Die verbesserten Arbeitsmarktbedingungen sollten sich zunehmend positiv auf die Konsumfreudigkeit auswirken. 2008 könnte daher das Wachstum des privaten Konsums mit +2,3 % sogar geringfügig höher als im laufenden Jahr sein.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Die gute Konjunkturlage und, speziell für die Bauwirtschaft, das milde Wetter in den Wintermonaten haben dazu beigetragen, dass der Arbeitsmarkt sowohl 2006 als auch in den ersten Monaten 2007 eine günstige Entwicklung aufweisen konnte. Die (nichtselbständige) Beschäftigung stieg 2006 um 1,7 % und eine Fortsetzung dieser Dynamik konnte auch zum Jahresbeginn 2007 festgestellt werden. Wermutstropfen bei dieser Entwicklung ist allerdings der Umstand, dass etwa zwei Drittel des Beschäftigungszuwachses auf Teilzeitarbeitsplätze entfallen. Für den Jahresdurchschnitt 2007 rechnen wir mit einer Beschäftigtenzahl von rund 3.219.000 (ohne Präsenzdienler, Karenzgeldbezieher und Schulungsteilnehmer), was gegenüber 2006 einen Anstieg um 1,8 % ergibt. Für 2008 rechnen wir mit einem Plus von etwa 1 %.

Die Arbeitslosigkeit wird seit einiger Zeit durch auf die Statistik wirkende Maßnahmen, wie z. B. umfangreiche Schulungen, reduziert. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Maßnahmen auch in der nächsten Zeit fortgesetzt werden. Gemeinsam mit dem Anstieg der Beschäftigung wird dadurch sichergestellt, dass trotz steigendem Arbeitskräfteangebot die Arbeitslosigkeit eine sinkende Tendenz aufweisen wird. Die Arbeitslosenquote

könnte somit gemäß AMS-Definition von 6,8 % (2006) auf 6,2 % (2007) bzw. 5,9 % (2008) zurückgehen (die Vergleichszahlen gemäß Eurostat-Definition sind 4,8 %/4,3 %/4,1 %).

Geringe Inflation

Die Entwicklung der Verbraucherpreise stellt aus derzeitiger Sicht auch in den nächsten Monaten kein Problem für die österreichische Wirtschaft dar. Im Jahresdurchschnitt 2006 betrug die Inflation 1,5 % und das Jahr 2007 begann mit 1,6 % im Jänner durchaus moderat. Preistreiber waren die Bereiche Wohnen, Wasser und Energie sowie die Nahrungsmittel. Bekleidung und Schuhe sowie Freizeit und Kultur waren hingegen im Durchschnitt billiger als im Vorjahr.

Für 2007 rechnen wir mit einer Inflation von 1,7 %. Dieser Wert entspricht exakt der durchschnittlichen jährlichen Veränderung der Verbraucherpreise in den letzten zehn Jahren. Sofern die wirtschaftliche Entwicklung nicht durch Sonderfaktoren (Krisen, Umwelteinflüsse) beeinträchtigt wird, sollte auch im Jahr 2008 mit etwa 1,8 % die Phase niedriger Inflationsraten fortgesetzt werden können.

kurt.fesselhofer@ba-ca.com

Kurt Fesselhofer

Konjunkturprognose Österreich

	2003	2004	2005	2006	BA-CA Prognose März 2007	
					2007	2008
Bruttoinlandsprodukt (BIP)*	1,1	2,4	2,0	3,2	2,8 +	2,3 x
Privater Konsum*	1,3	1,9	1,7	1,8	2,2 =	2,3 x
Bruttoanlageinvestitionen*	6,6	0,5	-0,4	4,3	5,5 +	3,4 x
Ausrüstungsinvestitionen*	6,8	-1,6	0,2	5,3	5,3 =	3,2 x
Bauinvestitionen*	5,1	1,6	0,4	4,6	3,5 -	2,4 x
Exporte im weiteren Sinn*	2,0	10,0	6,4	8,5	5,7 -	5,1 x
Importe im weiteren Sinn*	5,1	8,7	5,2	6,8	5,8 +	5,6 x
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	-0,2	0,2	1,2	1,2	0,9 =	0,8 x
Verbraucherpreisanstieg (%)	1,3	2,1	2,3	1,5	1,7 -	1,8 x
Arbeitslosenquote (gemäß EU-Norm, in %)	4,3	4,8	5,2	4,8	4,3 -	4,1 x
Arbeitslosenquote (gemäß AMS, in %)	7,0	7,1	7,3	6,8	6,2 -	5,9 x

Quelle: BA-CA Economics & Market Analysis/*) reales Wachstum, Veränderung in %/+ der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose erhöht/- der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose gesenkt/= gegenüber der letzten Prognose keine Veränderung/x in der letzten Prognose gab es keinen vergleichbaren Wert

BA-CA Konjunkturindikator

Konjunktur bleibt auch im ersten Quartal 2007 stark

- Höhere Wachstumsprognose für 2007 mit 2,8 %
- BA-CA Konjunkturindikator erreicht höchsten Wert seit 1991

Der Konjunkturindikator der Bank Austria Creditanstalt stieg im Jänner von 4,1 auf 4,5 und erreichte damit den höchsten Wert seit sechzehn Jahren. Der Februar bestätigte diesen Wert. Wesentlicher Auslöser für den deutlichen Anstieg des Indikators war im Jänner der starke Anstieg der Konsumentenstimmung, die den höchsten Wert seit Umfragebeginn 1995 erreichte. Die Teilindikatoren für die Industriekonjunktur zeigten sich im Jänner zwar etwas schwächer, in Österreich stieg die Stimmung im Februar jedoch wieder.

Zusammen mit dem relativ starken Wachstum im vierten Quartal 2006 bietet diese Entwicklung eine gute Basis auch für das erste Quartal 2007. Die Anzeichen für eine vor allem in Deutschland deutlich bessere Konjunktur zu Jahresbeginn gemeinsam mit der nun deutlich gestiegenen Konsumstimmung machen uns für das erste Quartal 2007 optimistischer. Wir gehen nun davon aus, dass das Wachstum im Quartals-

vergleich im ersten Quartal etwas weniger zurückgeht und nach 3,2 % im vierten Quartal (auf Jahresbasis hochgerechnet) 2,5 % betragen wird. Im Vorjahresvergleich könnte das Wachstum damit im ersten Quartal 2007 sogar mit 3,4 % über den 3,3 % des vierten Quartals 2006 liegen.

Wachstumsprognose für 2007 nach oben revidiert

Das etwas stärkere Wachstum im ersten Quartal und die positiven Signale aus dem Ausland werden Österreichs Wirtschaft damit insgesamt 2007 etwas mehr Wachstum bringen als bisher erwartet. Wir haben unsere Prognose für 2007 daher von 2,4 % auf 2,8 % erhöht. Dabei gehen wir davon aus, dass die Exporte und die Investitionen stark bleiben werden, wenn auch mit etwas weniger Wachstum als 2006. Eine Wachstumsbeschleunigung wird vom privaten Konsum erwartet. Nach den guten Arbeitsmarktdaten und dem starken Stimmungsanstieg der letzten Monate sollte die private Nachfrage 2007 endlich etwas mehr wachsen können. Auch wenn nach unserer

Meinung die Inflation in den nächsten Monaten etwas steigen dürfte, wird sie im Jahresdurchschnitt 2007 erneut unter 2 % bleiben.

Trotz dieser optimistischen Konjunkturaussichten für 2007 wird sich das Wachstum im Jahresverlauf zurückbilden und zu Jahresende 2007 nur mehr knapp über 2 % liegen. Dementsprechend rechnen wir für 2008 mit „nur“ mehr 2,3 % Wachstum, was allerdings noch immer knapp über dem

Deutlicher Anstieg der Konsumentenstimmung.

Durchschnitt der letzten zehn Jahre liegt. Die wesentlichen Risiken für unser optimistisches Szenario sehen wir in einer überraschenden Abkühlung der internationalen Konjunktur und in einer erneuten

Enttäuschung des privaten Konsums. In diesem Fall würden die Wachstumsraten in Österreich schneller unter 2 % fallen. Insgesamt könnte das Wachstum auch niedriger ausfallen, sollte der private Konsum 2007 erneut enttäuschen. Beides sehen wir derzeit als unwahrscheinlichere Variante an.

stefan.bruckbauer@ba-ca.com

Stefan Bruckbauer

Bank Austria Creditanstalt Konjunkturindikator Österreich

Der BA-CA Konjunkturindikator versucht, eine Schätzung des Konjunkturklimas ein halbes Jahr vor Veröffentlichung der BIP-Zahlen zu geben. Ziel ist es, sehr schnell einen Anhaltspunkt über die aktuelle Konjunktursituation, der über die Befragung der Industrie hinausgeht, zu erhalten.

Die Komponenten des BA-CA Konjunkturindikators sind:

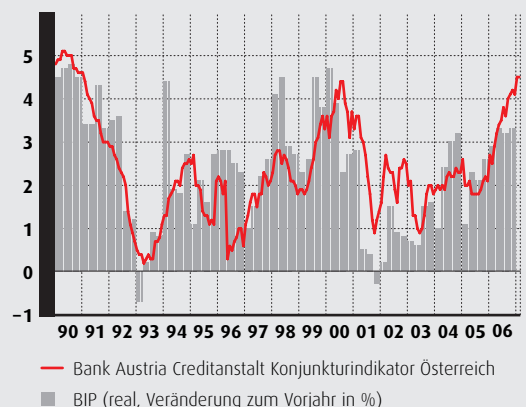
- das Vertrauen der österreichischen Industrie (Gewichtung 10 %),
- das Vertrauen der Industrie im Euroland gewichtet nach dem

österreichischen Außenhandel (Gewichtung 30 %),

- das Vertrauen der österreichischen Verbraucher (Gewichtung 50 %),
- das Wachstum der Konsumkredite (Gewichtung 10 %).

Die ersten drei Indikatoren basieren auf dem „EU Business and Consumer Survey“.

Die einzelnen Indikatoren werden dabei gewichtet und standardisiert und ergeben dann einen Schätzwert für den Trend des aktuellen Wirtschaftswachstums.



Quelle: BA-CA Economics & Market Analysis

besteht im internationalen Wettbewerb

Trotz Schneemangel sind in der laufenden Saison noch ein Übernachtungsplus von 3 % und ein Umsatzwachstum von 4 % zu erreichen. Natürlich wird das Nachfragewachstum auch in den Wintersaisonen schwächer, seitdem die Konkurrenten heimischer Wintersportorte nicht nur in der Schweiz, sondern auch auf den Seychellen ansässig sind. Trotzdem kann die Branche Umsatzzuwächse berichten, im Winter und seit mehreren Jahren auch wieder im Sommer, und sie schafft neue Jobs.

Österreichs Fremdenverkehr hat in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich Marktanteile am internationalen Tourismus eingebüßt. Beispielsweise ist der Anteil an den Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr in Europa von rund 10 % Anfang der 90er Jahre auf rund 4 % geschrumpft. Der Titel Tourismusweltmeister, falls er sich auf die Reiseverkehrseinnahmen des Landes pro Einwohner bezieht, kann zwar weiter getragen werden

(klammert man Kleinststaaten oder spezialisierte Karibikinseln aus), hat aber an Renommee verloren. Zwar ist die Zahl der internationalen Gäste auch in Österreich kontinuierlich gestiegen, allerdings mit zunehmend schwächeren Wachstumsraten und einer gesunkenen Aufenthaltsdauer der Gäste (vgl. Grafik 1). So konnte der Rekordwert von 130 Millionen Gästenächtigungen aus 1991 und 1992 nicht mehr erreicht werden.

Die Marktanteilsverluste sind zum Teil die Folge beschränkter Kapazitäten. Eine noch intensivere Nutzung der natürlichen Ressourcen des Landes hätte ihre Wettbewerbsfähigkeit wahrscheinlich nachhaltig gemindert. Maßgeblich für die Verluste verantwortlich ist aber die Globalisierung der Branche, vor allem ermöglicht von den günstigen Flugpreisen. In den letzten Jahren hat der heimische Fremdenverkehr parallel dazu auch aufgrund der Euro-Aufwertung gegenüber dem Dollar Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt.

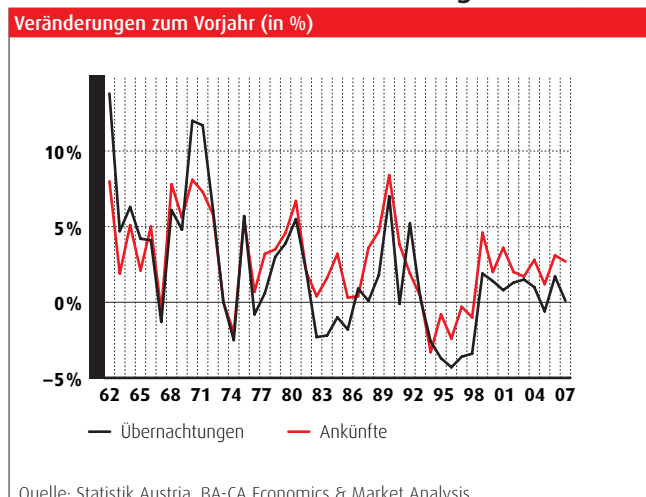
Konkurrenzfähig in Teilbereichen

Trotzdem wächst die Branche: So ist die Beschäftigung im Fremdenverkehr in den letzten zehn Jahren mit durchschnittlich 1,6 % im Jahr um fast einen Prozentpunkt pro Jahr schneller als in der Gesamtwirtschaft gestiegen. Insgesamt sind im Fremdenverkehr rund 5 % beziehungsweise 168.000 Menschen beschäftigt. An den prekären Arbeitsverhältnissen in der Branche hat sich wenig verändert. Die hohe regionale Saisonalität stellt hohe Anforderungen an die Flexibilität der ArbeitnehmerInnen, was wesentlich zur überdurchschnittlich hohen Fluktuationsrate beiträgt. Darüber hinaus sind die Anteile unqualifizierter Arbeitskräfte, von Teilzeitjobs und geringfügig Beschäftigten in der Branche relativ hoch, genauso wie die Arbeitslosenquote (2006: 17 %).

Der Fremdenverkehr wächst nicht nur in Bezug auf die Beschäftigung, sondern auch gemessen an der nominellen Wertschöpfung schneller als die Gesamtwirtschaft, von 1995 bis 2005 um 65 %, im Vergleich zum Österreich-Durchschnitt von 39 %. In einigen Segmenten beweist die Branche seit Jahren sehr überzeugend ihre Wettbewerbsfähigkeit. Insgesamt sind die nominellen Fremdenverkehrseinnahmen seit 1995 um durchschnittlich 4 % im Jahr gestiegen, während das

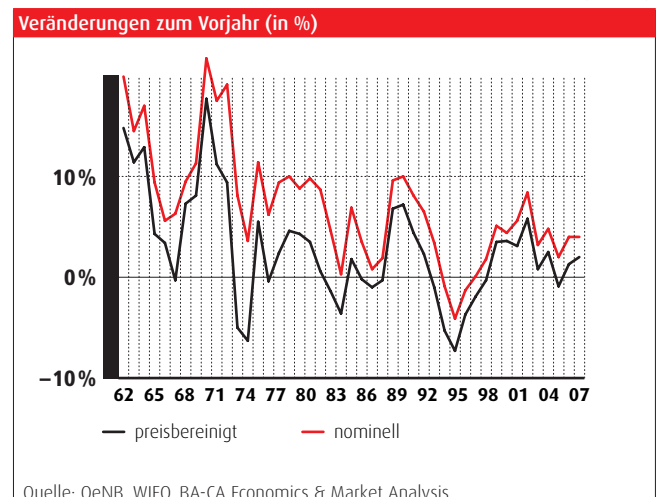
Gästekünfte und Übernachtungen

(Grafik 1)



Tourismuseinnahmen

(Grafik 2)



Wachstum der Übernachtungen nur mehr durchschnittlich 0,2 % im Jahr erreichte (119,4 Millionen 2006; vgl. Grafik 2). Basis der realisierten Umsatzsteigerungen war vor allem die Verbesserung der Angebotsqualität.

Erfolgreiche Segmente

Inländische und ausländische Urlauber und Reisende bevorzugten verstärkt sehr gut ausgestattete und im Schnittpunkt teurere Beherbergungsangebote, während die Nachfrage nach qualitativ einfacheren Angeboten und besonders nach Privatquartieren deutlich rückläufig war. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren beachtliche Erfolge in relativ einnahmenintensiven Segmenten verbucht, im Wintertourismus, im Städtetourismus und im Gesundheitstourismus.

- Die Nachfrage in den Wintersaisonen wächst, im Gegensatz zum Sommertourismus, seit Jahrzehnten ohne wesentliche Rückschläge. Dass zudem die Einnahmen pro Übernachtung im Winter bis vor wenigen Jahren über den Sommereinnahmen lagen, hat grundsätzlich mit den besonderen Wettbewerbsvorteilen des Winterfremdenverkehrs in Österreich zu tun. Zudem ist das Bettenangebot im Winter im Vergleich zum Sommer niedriger und die Auslastungen sind höher, was den Konkurrenz- und Preisdruck dämpft.
- Die Übernachtungen in Österreichs Landeshauptstädten sind seit 2003 um durchschnittlich 4 % im Jahr gestiegen, 2006 sogar um mehr als 7 %, auf rund 15 Millionen Nächtigungen.
- Etwa 10 % aller Österreich-Gäste verbringen bereits einen gesundheitsorientierten Urlaub (Mitte der 90er Jahre 4 %), wofür sie deutlich mehr als der „Durchschnittsgast“ ausgeben, in Heilbädern beispielsweise um rund 50 % mehr pro Tag. Der Gesundheitstourismus ist aufgrund der relativ hohen Qualitätsanforderungen prädestiniert, die Wettbewerbsfähigkeit des Fremdenverkehrs in Hochlohnländern langfristig zu sichern. Zudem hat die Sparte relativ gute Wachstumsperspektiven: Auf jeden Fall wächst die Zahl potenzieller

Kunden, die sich aus dem stetig wachsenden Anteil alter Menschen rekrutieren, kontinuierlich. Beispielsweise sind derzeit 17 % von Europas Bevölkerung über 65, um 2030 werden es bereits 25 % sein.

- Letztendlich konnten und können mehr Gäste in entfernten Märkten angesprochen werden. Gäste, die ebenfalls pro Urlaubstag deutlich mehr ausgeben als der österreichische „Durchschnittsgast“. Im Vorjahr sind beispielsweise die Übernachtungen von US-Amerikanern um 8 %, von Russen sogar um 19 % gestiegen; allerdings sind die Anteile an den gesamten Übernachtungen von Gästen aus den USA mit 1,3 % und von russischen Gästen mit 0,5 % noch relativ gering.

Perspektiven

Auch wenn Österreichs Fremdenverkehr immer wieder bemerkenswerte Nachfragegewinne in außereuropäischen, vergleichsweise dynamischen Märkten berichtet, können mehr als 81 % aller Übernachtungen Gästen aus nur fünf (westeuropäischen) Märkten zugeordnet werden – inklusive Österreich selbst. Märkten, die in vielen Segmenten an ihrer Sättigungsgrenze angelangt sind.

In den nächsten zwei Jahren kann der Fremdenverkehr zwar mit Einnahmewachstum im Bereich von 4 % rechnen, vor allem auf der Basis der guten Konjunkturaussichten und der damit stärkeren Fremdenverkehrsnachfrage aus Westeuropa. Zudem wird eine mögliche leichte Abkühlung der Nachfrage in wichtigen Tourismuskäufen 2008 durch Sondereffekte aufgrund der EURO 2008 kompensiert. Das Einnahmewachstum erreicht damit in etwa die Stärke der vergangenen zehn Jahre.

Langfristig werden allerdings nachhaltige kräftige Zuwächse der Gästeströme und damit der Fremdenverkehrseinnahmen immer seltener. Die World Tourism Organisation erwartet eine Abkühlung des Wachstums der internationalen Gästeankünfte in Europa von 4 % im Durchschnitt der letzten

zwei Jahrzehnte auf 3 % in den nächsten 15 Jahren. In Österreich ist die Zahl internationaler Gäste schon in den vergangenen Jahren vergleichsweise schwach gestiegen, um 1 bis 2 % pro Jahr, einem Tempo, das voraussichtlich auch in Zukunft erreicht wird.

Da sich die Nachfrageperspektiven des heimischen Fremdenverkehrs nicht wesentlich verbessern, wird sich vermutlich auch der Restrukturierungsdruck nicht nennenswert lockern. In den letzten zwanzig Jahren wurden insgesamt 27 % beziehungsweise 25.000 Beherbergungsbetriebe vom Markt genommen oder in eine höhere Kategorie adaptiert. Berücksichtigt man aber, dass sich die Bettenauslastung (im Branchenschnitt 27 %) in den letzten zehn Jahren nur mehr geringfügig, in vielen Segmenten, beispielsweise bei Privatquartieren, überhaupt nicht verbessert hat, sind die Kapazitäten noch zu hoch. Eine durchschnittlich rentable und dauerhaft krisensichere Branchenstruktur konnte noch nicht geschaffen werden.

Der Tourismussektor profitiert in Österreich von den landschaftlichen, klimatischen und kulturellen Attraktionen. Dieser wertvolle Rohstoff wurde in vielen Regionen äußerst erfolgreich mit wettbewerbsfähigen Angeboten ausgestattet und sorgt dafür, dass der gesamte Sektor, die Beherbergungs- und Restaurationsbetriebe genauso wie die Leistungen der Reisebüros und die Transport- und Kulturdienstleistungen, immerhin fast 10 % zur heimischen Wirtschaftsleistung beiträgt. Insofern ist der Fremdenverkehr ein unverzichtbarer Teil der österreichischen Wirtschaftsstruktur, nicht nur auf regionaler Ebene. Der Sektor ist aber kein Wachstumsmotor in dem Sinn, dass er in einem hoch entwickelten Land eine dynamische Wirtschaftsstruktur über einen längeren Zeitraum absichern kann. Dafür ist das Wachstum zu gering und die internationale Konkurrenz zu groß.

guenter.wolf@ba-ca.com

Günter Wolf

Internationale Konjunktur und Finanzmärkte

Nach einem sehr starken Jahresende 2006 startete die Konjunktur sehr robust ins Jahr 2007. Trotz Stimmungsverbesserung wird das Wachstum etwas zurückgehen. Begrüßten die Finanzmärkte die gute Konjunktur zum Jahreswechsel mit Kursgewinnen und steigenden Renditen, kam es Ende Februar zu einer spürbaren Korrektur.

Besonders der Euroraum, allen voran Deutschland, zeigten sich im vierten Quartal 2006 konjunkturell sehr robust, das Wachstum stieg auf rund 3,5 % (Jahresrate zum Vorquartal). Auch die USA überraschten etwas nach oben, blieben mit 2,2 % jedoch deutlich hinter dem Euroraum zurück, so wie in den beiden Quartalen davor. Nachdem die europäische Industriekonjunktur 2006 eine deutliche Beschleunigung erlebt hatte und dementsprechend die Stimmung der Industrie sich deutlich verbesserte, scheint nun der Höhepunkt erreicht worden zu sein. In den USA hat sich die Industriestimmung bereits seit dem Frühling 2006 deutlich ver-

schlechtert, zeigte sich jedoch im Februar wieder etwas besser. Die Konsumenten, sowohl in den USA als auch in Europa, spürten in den letzten Monaten die verbesserte konjunkturelle Lage. Daher kam es zu einer deutlichen Stimmungsverbesserung, die sich auch noch zu Beginn 2007 fortsetzte. Diese positive Stimmung der Konsumenten, vor allem in Europa, sollte die Konjunktur zu Beginn 2007 stützen. Allerdings belasten die Vorziehkäufe in Deutschland aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung das Wachstum, so dass mit lediglich 1,6 % im ersten Quartal zu rechnen ist. Im zweiten Quartal sollte das Wachstum jedoch wieder steigen.

Weitere Aussichten

Auch wenn die Konjunkturprognosen für 2007 in den letzten Monaten nach oben korrigiert werden konnten, so bleibt insgesamt die Konjunkturerwartung für den Rest des Jahres nur verhalten optimistisch. Der Grund für die Revisionen der Konjunkturprognosen nach oben in den letzten

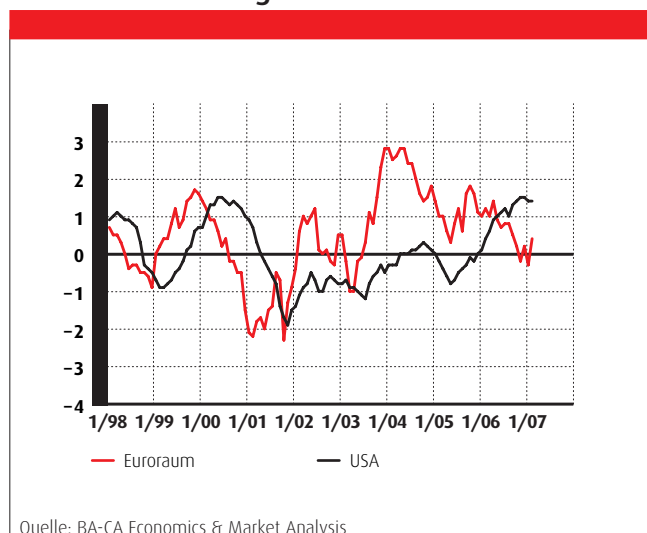
Wochen war eher das Ergebnis der starken Konjunktur zum Jahreswechsel als eines deutlich gestiegenen Optimismus für den weiteren Jahresverlauf.

Diese Skepsis hat sich auch an den Finanzmärkten widerspiegelt. Neben technischen Gründen wie Gewinnmitnahmen bzw. steigendem Misstrauen gegenüber der beliebten Praxis, sich in niedrig verzinsten Währungen zu verschulden (Yen, Franken) und in höher verzinsten Währungen zu veranlagen (USD), zeigen die Finanzmärkte, allen voran die Anleihemärkte, doch eine gehörige Portion Skepsis gegenüber der weiteren Konjunkturerwicklung. Weiterhin liegen die langfristigen Zinsen in den USA deutlich unter den kurzfristigen Zinsen, aber auch im Euroraum haben sich langfristige und kurzfristige Zinsen fast angeglichen. Dies ist normalerweise ein Zeichen für eine schwache Konjunktur. Nach dem März dürfte nur mehr eine Zinserhöhung im Euroraum zu erwarten sein.

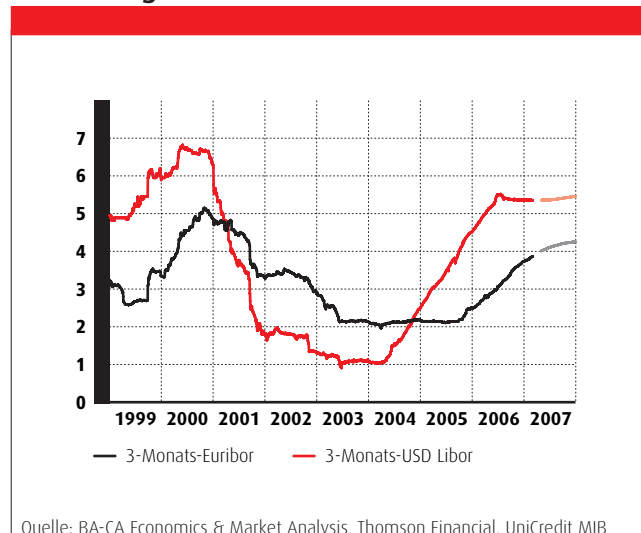
stefan.bruckbauer@ba-ca.com

Stefan Bruckbauer

Industriestimmung Euroraum und USA



3-Monatsgeld



Regionaler Überblick CEE

Nach dem Höhepunkt 2006 wird es in den Ländern Zentral- und Osteuropas auch 2007 ein starkes Wachstum geben. Die dynamische Inlandsnachfrage wird von einem günstigen Exportwachstum begleitet, trotz einer teilweise deutlichen Aufwertung einzelner Währungen. Wir prognostizieren für 2007 ein durchschnittliches regionales Wachstum von 5,5%, etwas unter dem Spitzenwert von 6,2% im Jahr 2006.

Hohe Investitionen sowohl in der Bauwirtschaft als auch beim Aufbau neuer Produktionskapazitäten sind auch weiterhin eine der Hauptantriebskräfte in den neuen EU-Ländern.

In Polen hat das Investitionswachstum den Höchststand erreicht. Das starke Konsumwachstum ist durch steigende Löhne getragen und die Exporte profitieren von einer hohen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Die politische Ungewissheit der zurückliegenden Monate ist vorbei, aber der häufige Populismus könnte sich nachteilig auf das langfristige Wachstumspotenzial der Wirtschaft auswirken, da es bei den notwendigen Reformen, die in Zeiten eines kräftigen Wirtschaftswachstums machbar wären, deutliche Verzögerungen gibt.

In der Slowakei kann das sehr starke Wachstum 2006 durch hohe Investitionen (besonders im Automobilsektor wurden neue Werke aufgebaut) und den Aufbau von Lagerbeständen erklärt werden. Im Jahr 2007 wird dieser Ausbau der Produktionskapazitäten erste Früchte tragen.

Nach dem Höhepunkt 2006 wird in der Tschechischen Republik eine gewisse Mäßigung bei den Investitionsaktivitäten erwartet. Die Inlandsnachfrage wird jedoch die Hauptantriebskraft für das Wachstum bleiben, der Außenbeitrag wird einen neutralen oder leicht positiven Beitrag leisten.

In Slowenien geben die Einführung des Euro und die Steuerreform Anfang 2007 der Wirtschaft einen positiven Impuls und ebnen den Weg für weiteres starkes Wachstum.

In den drei baltischen Ländern ist ein lebhaftes Wachstum zu verzeichnen. Dieses Wachstum hat es diesen Ländern ermöglicht, das Pro-Kopf-Einkommen in den letzten drei Jahren zu steigern, wodurch sie im europäischen Vergleich im Hinblick auf die reale Konvergenz zum EU-Lebensstandard gemäß Eurostat am besten abschnitten. Diese Länder zeigen jedoch Anzeichen einer Überhitzung der Wirtschaft mit zunehmenden Risiken, besonders in Estland und Lettland.

Als EU-Mitglieder seit 1. Januar können Bulgarien und Rumänien die Vorteile ihres Beitritts nun voll nutzen. Hohe Investitionen, hauptsächlich im Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen, sowie Infrastrukturprojekte mit EU-Unterstützung sind die Hauptantriebskräfte für das Wachstum. Der Konsum bleibt lebhaft, während der Beitrag der Nettoexporte zum Wachstum negativ ist, trotz der hohen Exporte, die aber durch die starke Importnachfrage mehr als ausgeglichen werden.

Kurzfristig ist der Ausblick lediglich für Ungarn negativ, was an den dämpfenden Auswirkungen der derzeitigen Korrekturen der Haushaltspolitik liegt. Diese werden 2007 zu Ausgabenkürzungen sowohl bei den privaten Haushalten als auch im öffentlichen Sektor führen und einen scharfen Rückgang des Konsumwachstums verursachen. Trotzdem wird es 2007 – nach einer Stagnation der Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2006 mit gleichzeitig außergewöhnlich starkem Exportwachstum – wahrscheinlich eine Beschleunigung der Investitionen geben, da der absehbare hohe Zufluss von EU-Mitteln umfangreiche Infrastrukturinvestitionen fördern wird.

Inflation niedriger als erwartet

Das starke Wirtschaftswachstum in der Region war 2006 mit geringerem Inflationsdruck verbunden als erwartet. Unterstützt wurde dies von einer teils starken Aufwertung einzelner Währungen und der günstigen Entwicklung bei den Energiepreisen. Wir erwarten jedoch, dass das stark nachfragegetriebene Wachstum im Laufe des Jahres zu einem schrittweisen Wiederaufleben der Inflation führt. Die Geldpolitik wird ziemlich straff sein, wobei in einigen Ländern die Inflationsziele oder die Außenhandelsungleichgewichte den Überlegungen im Hinblick auf den Wechselkurs gegenüberstehen. Eine gute Budget-Performance wird überall in der Region durch das starke Wirtschaftswachstum mehr oder weniger garantiert. Durch den zunehmenden Populismus an der politischen Front verpassen einige Länder jedoch die Chance einer umfassenderen Haushaltskonsolidierung.

Da sich die Beschleunigung der Inflation in Polen auf Grund temporärer Faktoren verzögert und nach der Ernennung des neuen Nationalbankpräsidenten erwarten wir nun, dass der Nationalbankrat erst später als erwartet auf eine restriktive Geldpolitik setzen wird. Wir bleiben bei unserer Prognose eines kumulierten Anstiegs von 75 Basispunkten (BP) bis Ende 2007. In der Tschechischen Republik sollten die Erwartung einer beschleunigten Inflation und eine Konsolidierung des Wechselkurses den Weg zu einer weiteren Runde restriktiver Geldpolitik ebnen. Trotzdem könnten diese wahrscheinlichen Restriktionen weniger aggressiv sein oder später kommen als bisher erwartet. Wir erwarten zwei Zinserhöhungen im zweiten Halbjahr, womit der Repo-Satz bis zum Jahresende 3% erreichen dürfte. Das Hauptrisiko für die Umsetzung der Reformen liegt bei der fortgesetzten politischen Instabilität,

da der Regierung eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus fehlt. Für die Slowakei wird ein wesentlich günstigeres Szenario erwartet. Auf Grund fallender Energiepreise und einer starken Aufwertung der Währung sollte die Inflation, die als eines der Hauptprobleme bei der Einführung des Euro betrachtet wurde, kein Hindernis mehr sein. Der nachfragebedingte Inflationsdruck wird unter Kontrolle bleiben. Unter der Bedingung einer weiteren Aufwertung der slowakischen Krone erwarten wir nun eine Entspannung am Geldmarkt mit einer Zinssenkung von insgesamt 50 BP in diesem Jahr. Das kräftige Wirtschaftswachstum wird sich bei der Erfüllung der Maastricht-Defizitkriterien 2007 als hilfreich erweisen, wenngleich wir in den Korrekturen der Sozialausgaben und den unsicheren Gesundheitskosten noch ein gewisses Risiko sehen.

Wie bereits erwähnt, ist die Wirtschaftspolitik in Ungarn auf das langfristige Stabilisierungsprogramm ausgerichtet, wodurch das Haushaltsdefizit von bisher rund 10 % gesenkt werden soll. Wir sehen die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung positiv und gehen davon aus, dass sich die Inflation ab dem zweiten Halbjahr 2007 nach und nach stabilisieren wird. Das wird es der Zentralbank erlauben, eine moderate Senkung der Leitzinsen vorzunehmen, die bis zum Jahresende rund 150 BP betragen dürfte.

Künftige EU-Beitritte werden schwieriger

Rumänien und Bulgarien waren die letzten Länder, die der EU gemäß der alten Kopenhagener Aufnahmeregelung beigetreten sind. Doch auch hier war die EU strenger als in der Vergangenheit und verlangte eine strikte Überwachungsphase in den ersten drei Jahren nach dem Beitritt, um sicherzustellen, dass die beiden Länder alle Versprechungen aus der Zeit vor dem Beitritt einhalten.

Im Oktober 2006 hat die EU absolut klar gemacht, dass jegliche weitere Erweiterung – abgesehen von der Erfül-

lung der Kopenhagen-Kriterien – auch von der „Absorptionskapazität“ der Union abhängen wird. Dies bedeutet, dass die EU vor weiteren Erweiterungen eine Reform ihrer Institutionen verabschieden muss, um deren einwandfreies Funktionieren zu ermöglichen und ihre Aktivitäten zu finanzieren. Während wir glauben, dass Kroatiens Weg in die EU relativ leicht sein wird, werden die Aussichten für die Türkei und andere Balkanländer sowie weitere potenzielle Kandidaten (z.B. die Ukraine) zunehmend schwieriger werden. Kroatien macht ziemlich schnelle Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen und wir erwarten für 2007 eine weitere beträchtliche Beschleunigung, wobei in diesem Jahr die Hälfte der Kapitel abgeschlossen wird. Dies würde einen Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2008 ermöglichen, wobei der tatsächliche Beitritt immer noch von der erfolgreichen Reform der EU-Institutionen abhängig sein wird. Es sollte jedoch beachtet werden, dass Kroatien ein relativ kleines und für die EU unproblematisches Land ist, so dass Ausnahmen denkbar sind. Wir denken, dass Kroatien das einzige Land sein wird, das bis zum Ende dieses Jahrzehnts der EU beitrifft. Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sind wesentlich gespannter. Auf Grund der Probleme mit der Implementierung des Ankara-Protokolls im Hinblick auf das Zypern-Problem und der Verlangsamung des Reformprozesses in der Türkei sah sich der Europäische Rat veranlasst, die Beitrittsverhandlungen teilweise einzustellen. Für 2007 erwarten wir keine bedeutenden Fortschritte bei den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei. Auf der EU-Ebene nimmt der Widerstand gegen jede zusätzliche EU-Erweiterung (und vor allem gegen einen Beitritt der Türkei) deutlich zu. In der Türkei ist 2007 außerdem ein wichtiges Wahljahr. Da sowohl Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen anstehen, sind Fortschritte bei den wichtigsten Reformen zum Erfüllen der EU-Anforderungen nur schwer zu erreichen.

Nach Slowenien könnte bald auch die Slowakei den Euro einführen.

Langsamem Schrittes zum Euro

Von den 2004 der EU beigetretenen Ländern hat nur Slowenien alle Voraussetzungen erfüllt und am 1. Januar 2007 die Gemeinschaftswährung eingeführt. Eine Zunahme der Inflation hat einen frühen Beitritt der baltischen Staaten verhindert. Aufgrund des starken Wachstums ist es sehr wahrscheinlich, dass die Inflation auch während der nächsten Jahre deutlich über dem entsprechenden Maastricht-Kriterium bleibt. Einzelne Länder verschieben ihre Konvergenzziele, wobei die Jahre 2010 bis 2011 für die Euro-Übernahme immer wahrscheinlicher werden. Unter den mitteleuropäischen Ländern ist die Slowakei in der Spitzenposition. Die Regierung

hat die Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung eingehalten und der Inflationsdruck wird im Zaum gehalten. Wir sehen nun eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass das Land bis zum ersten Quartal 2008 alle Maastricht-Kriterien erfüllen und den Euro ab 1. Januar 2009 einführen wird. Noch kein offizielles Ziel wurde in der Tschechischen Republik festgelegt, doch lassen Verzögerungen bei der Haushaltskonsolidierung und ein begrenztes Engagement zu einer schnellen Konvergenz die Jahre 2011 oder 2012 als wahrscheinlich erscheinen. Die Haushaltslage bleibt auch in Ungarn und Polen das Haupthindernis und wir erwarten eine mögliche Einführung des Euro erst nach 2012.

Interessanterweise planen Bulgarien und Rumänien eine schnellere Euro-Konvergenz als andere EU-Mitglieder. Bulgarien plant die Euro-Einführung offiziell für 2010, und wir sehen gute Chancen, dass das Land dem WKM II in der ersten Hälfte 2007 beitrifft. Bei Rumänien erwarten wir, dass der Euro nicht vor 2014 eingeführt wird. Die Regierung hat bisher in ihrem Konvergenzbericht den Plan zum Eintritt in WKM II im Jahr 2012 vorgelegt.

debora.revoltella@ba-ca.com

Debora Revoltella

Forschung sichert die Zukunft

Mehr Geld ist nicht alles

Die für Forschung eingesetzten Geldmittel sind in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Dennoch hinkt die Innovationsleistung der österreichischen Wirtschaft der europäischen Spitze hinterher. Strukturelle Änderungen zur Steigerung der Effizienz in der Forschung sind notwendig, um das Wirtschaftswachstum nachhaltig zu sichern.

Die österreichische Wirtschaft hat in den letzten Jahren einen beeindruckenden Aufholprozess hingelegt. Der wirtschaftliche Rückstand gegenüber den führenden Industrienationen konnte kontinuierlich verringert werden. Österreich zählt heute selbst zu den zehn führenden Industrienationen der Welt. Die Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft haben sich damit geändert. Wirtschaftswachstum ist hauptsächlich nur noch über technischen Fortschritt und eine Qualitätssteigerung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital möglich, meint das Wirtschaftsforschungsinstitut im Weißbuch für mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Um den erreichten

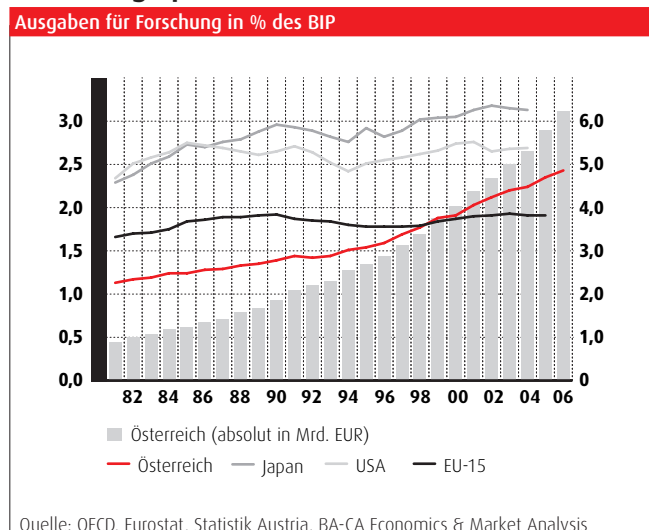
Wohlstand nachhaltig zu sichern bzw. noch zu erhöhen, ist es daher notwendig, dass Österreich vom Technologienehmer zum Technologiegeber wird. D.h., die österreichische Wirtschaft kann kaum mehr von der Nachahmung bzw. dem Transfer technischen Wissens aus dem Ausland profitieren, sondern muss vermehrt eigene technologische Impulse setzen. Das impliziert eine Veränderung der österreichischen Industriestruktur. Insbesondere angesichts der zunehmenden Konkurrenz durch die neuen EU-Mitglieder in den traditionellen österreichischen Stärkefeldern ist die Umsetzung eigenständiger Innovationen zur Beschleunigung des Strukturwandels in Richtung forschungs- und wissensintensiveren Branchen der Schlüssel für höhere Wertschöpfung.

Forschungsquote über EU-Durchschnitt

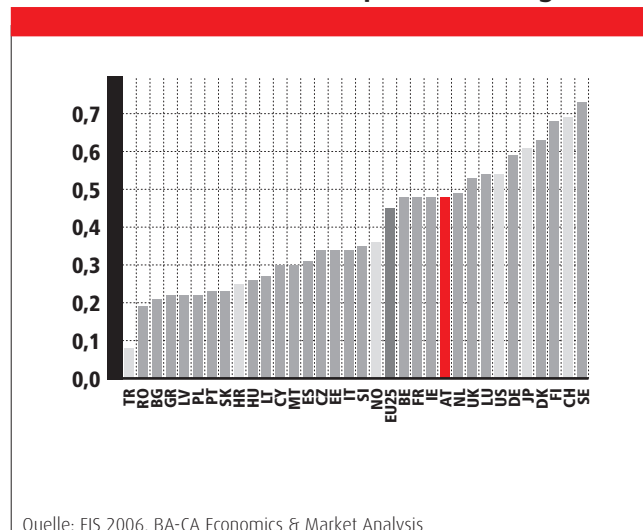
Die Wahrscheinlichkeit, ein Mehr an Innovationen, dem Output der Forschungstätigkeit, zu erreichen, steigt mit mehr Input, also höherem Finanzmittelumsatz für die Forschung. Deshalb hat sich die Europäische Union

2002 am Gipfel in Barcelona vorgenommen, bis 2010 die Forschungsausgaben auf 3 % des BIP zu erhöhen, um das 2000 in Lissabon gesetzte Ziel, die wettbewerbfähigste, dynamischste wissensbasierte Volkswirtschaft der Welt zu werden, zu erreichen. Mit 1,85 % des BIP im Jahr 2005 (aktuell verfügbarer Wert) für die EU-25 (EU-15: 1,91 %) ist das Ziel noch in weiter Ferne und vor allem besteht gegenüber den anderen großen Wirtschaftsblöcken Japan und den USA eine beträchtliche Lücke. In Japan liegen die Forschungsausgaben bei über 3 % des BIP und in den USA betragen sie 2,69 % des BIP (2004). Österreich weist eine im EU-Vergleich überdurchschnittlich hohe Forschungsquote auf und ist auf gutem Weg, die Barcelona-Vorgabe zu erfüllen, die von den europäischen Vorreitern Schweden (3,86 %) und Finnland (3,48 %) längst übertroffen wird. Die österreichischen Forschungsausgaben betragen im Jahr 2005 2,35 % des BIP und setzten ihren langjährigen Aufwärtstrend 2006 nach Schätzung der Statistik Austria auf 2,43 % des BIP fort. In den letzten 25 Jahren haben

Forschungsquote



Innovationsindex im europäischen Vergleich



sich die jährlichen Forschungsmittel in Relation zur Wirtschaftsleistung verdoppelt. In absoluten Zahlen erreichten sie 2006 mehr als 6,2 Mrd. Euro. Die Anhebung der Forschungsquote auf 3 % des BIP im Jahr 2010 bedeutet, dass im Jahr 2010 rund 9 Mrd. Euro in die österreichische Forschung fließen werden. Ausgehend vom Wert des Jahres 2006 ist dafür ein jährlicher Anstieg der Forschungsgelder um durchschnittlich 9 % notwendig.

Forschungszentrum Wien

Österreich genießt einen guten Ruf als Forschungsstandort, was daran zu erkennen ist, dass an der Finanzierung der Forschung in Österreich der ausländische Unternehmenssektor stark beteiligt ist. 17 % an den gesamten Forschungsausgaben im Jahr 2006 bzw. fast 30 % an den Forschungsausgaben der Wirtschaft ist EU-Rekord.

Der regionale Forschungsschwerpunkt in Österreich liegt wenig überraschend in Wien, wo bedingt durch die Konzentration der Universitäten und einer Vielzahl an Firmenzentralen letztlich fast 40 % der gesamten österreichischen Forschungsausgaben einfließen. Das ergab im Jahr 2004 eine Forschungsquote von 3,13 % des BIP (Österreich 2004: 2,24 %). In Wien sind mehr als 1.000 Forschungseinheiten aktiv und mehr als 17.000 Personen in der Forschung tätig, ebenfalls rund 40 % der österreichischen Gesamtzahl von knapp 43.000 Beschäftigten. Die höchste regionale Forschungsquote erreicht allerdings die Steiermark, die bei 3,55 % des BIP rund 20 % der österreichischen Forschungsausgaben absorbiert, wobei über 8.000 Personen in der Forschung tätig sind. Das regionale Schlusslicht bildet das Burgenland, dessen Forschungsquote 2004 bei nur 0,5 % des BIP lag.

Österreich im europäischen Mittelfeld

Die Quantität der eingesetzten Forschungsmittel erhöht zwar die Wahrscheinlichkeit, dass auch der Output an Innovationen zunimmt und damit die Wirtschaftsdynamik nachhaltig gestärkt wird, letztlich entscheidend ist

jedoch der qualitative Aspekt. Wofür werden die steigenden Mittel verwendet und sind die Forschungsstrukturen in Österreich gut aufgestellt, um ein bestmögliches Ergebnis zu erzielen?

Eine Evaluierung der erzielten Erfolge ist aus dem aktuellen Europäischen Innovations-scoreboard, das auf Initiative der Europäischen Kommission durchgeführt wird, ersichtlich. In diesem Ranking, das anhand von 25 Indikatoren, die sowohl Input- als auch Outputfaktoren der Forschung inkludieren, die Innovationsfähigkeit von Ländern der Europäischen Union abschätzt, schneidet Österreich mit einem 8. Platz unter den 25 Mitgliedsländern im vorderen Mittelfeld ab. Der Rückstand gegenüber den Innovationsführern Schweden, Finnland und Dänemark ist u. a. auf die vergleichsweise geringe Anzahl von Hochschulabsolventen, insbesondere von naturwissenschaftlichen und technischen Studienrichtungen zurückzuführen. Weiters besteht ein Aufholbedarf bei Venture-Capital-Finanzierungen und die Kooperation von Klein- und Mittelbetrieben in der Forschung ist wenig entwickelt. Generell zeigen jene Outputindikatoren, welche die Performance hinsichtlich der Auswirkung der Forschungsaktivitäten auf die Beschäftigung, Unternehmensaktivitäten und die Wertschöpfung in innovativen Sektoren messen, unterdurchschnittliche Werte im EU-Vergleich (z. B. Beschäftigung in Hochtechnologie-Dienstleistungen und -Produktion, Hochtechnologie-Exporte, Umsatz innovativer Produkte etc.). Im Vergleich der über 200 europäischen Regionen, der von Stockholm angeführt wird, nimmt nur Wien mit einem 24. Platz einen Rang im Vordergrund ein. Die anderen österreichischen Bundesländer rangieren zwischen Platz 83 (Tirol) und Platz 157 (Burgenland).

Effizienterer Mitteleinsatz auf der Agenda

Dieser Vergleich macht deutlich, dass in Österreich zwar die Forschungsausgaben in den letzten Jahren erheblich über dem europäischen Durchschnitt gestiegen sind, doch hinsichtlich der

Qualität und Effizienz des österreichischen Innovationssystems offenbar Verbesserungspotenziale bestehen. Diese hat auch der Rat für Forschung und Technologieentwicklung in seinem letzten Positionspapier geortet und u. a. vorgeschlagen, eine Exzellenzstrategie zu entwickeln mit dem Schwerpunkt der Gründung einer Exzellenzuniversität, die sich bereits in der Umsetzungsphase befindet. Das Europäische Innovations-scoreboard zeigt, dass vor allem eine Verbesserung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Österreich ein wichtiger Ansatzpunkt wäre, um die Leistungsfähigkeit des Innovationssystems zu stärken. Insbesondere der Sektor der Klein- und Mittelbetriebe, die in Österreich eine besonders starke Stellung einnehmen, könnte mit intensiver wissenschaftlicher Unterstützung eine deutlich höhere Innovationskraft entfalten. Klarere Strukturen in der Forschungspolitik, wie die Kompetenzbündelung auf zwei Ministerien und die stärkere Fokussierung der Forschungsförderung auf Technologieschwerpunkte mit Doppeldividende – d. h. Wachstumseffekt und gesellschaftlicher Zusatznutzen z. B. im Umwelt- und Gesundheitsbereich – wären zudem für einen effizienteren Einsatz der Forschungsausgaben wünschenswert.

Mit dem kräftigen Anstieg der Forschungsausgaben und der im aktuellen Koalitionsabkommen akkordierten Fortführung dieses Trends, um im Jahr 2010 das Barcelona-Ziel einer Forschungsquote von 3 % des BIP zu erfüllen, ist eine Grundvoraussetzung für die notwendige Entwicklung vom Technologienehmer zum Technologiegeber Österreichs gegeben. Ohne strukturelle Anpassungen, um die Effizienz des Mitteleinsatzes zu steigern, gerät die österreichische Wirtschaft allerdings in Gefahr, auf lange Sicht den Herausforderungen im globalen Wettbewerb nicht mehr begegnen zu können.

walter.pudschedl@ba-ca.com

Walter Pudschedl

Österreich in der Europäischen Union –

Eine Bilanz nach 12 Jahren Mitgliedschaft aus Sicht der Meinungsforschung

Im Jahr 2007 feiert Europa die 50. Wiederkehr der Unterzeichnung der „Römer Verträge“, doch mancherorts – so auch in Österreich – wird das europäische Projekt zunehmend ambivalent beurteilt. Eine Studie der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) zieht Bilanz, wie sich das Meinungsbild der Österreicher zur EU seit Beginn der Mitgliedschaft entwickelt hat und was von Europa künftig erwartet wird.

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) führt seit dem Jahr 1995 in regelmäßigen Abständen österreichweite Meinungsbefragungen durch, um das Meinungsbild der Österreicherinnen und Österreicher zu verschiedenen Aspekten des europäischen Integrationsprozesses zu erheben.

Soll Österreich EU-Mitglied bleiben?

Die im Zeitraum von 12 Jahren erhobenen Daten machen deutlich, dass Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union grundsätzlich unbestritten ist. Auf die Frage, ob unser Land Mitglied der Europäischen Union bleiben oder wieder austreten sollte, äußern sich im Oktober 2006 mehr als zwei Drittel der Befragten (69 %) positiv, während sich ein Viertel für einen EU-Austritt ausspricht. Dieses Verhältnis von Befürwortern und Gegnern ist über die Jahre hinweg mehr oder weniger konstant geblieben. Gleichzeitig meinen jedoch 39 % der Befragten, dass die Beitrittsentscheidung aus heutiger Sicht falsch gewesen sei – ein Wert, der in den letzten Jahren gestiegen ist. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung artikuliert also Unzufriedenheit mit der EU, ein Austritt wird aber nicht in Betracht gezogen.

Die Einstellung zur EU-Mitgliedschaft differiert stark nach Alter, Bildungsgrad und Parteisympathie der Befragten. Grundsätzlich lässt sich jedoch feststellen, dass EU-Skepsis vor allem in einer Gruppe zu sehen ist, die sich selbst als „Modernisierungsverlierer“ empfindet und sich durch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Veränderungen (Stichworte: EU-Erweiterung, „Globalisierung“) bedroht sieht und die keine persönlichen Vorteile aus der Mitgliedschaft für sich erkennen kann. Besonders trifft dies auf ältere Personen bzw. Befragte mit niedrigerem schulischem Ausbildungsgrad zu. Durchwegs positiv wird die EU hingegen von jenen gesehen, die die angedeuteten Veränderungen als Chance begreifen, also in erster Linie von Jüngeren mit Matura bzw. Fachhochschul- oder Universitätsabschluss.

Kritische EU-Begeisterung der Jungen – steigende Skepsis mit höherem Alter

Die Einstellung junger Österreicher (bis 25 Jahre) zur EU-Mitgliedschaft hat sich seit dem Beitritt deutlich zum Positiven gewandelt. Im Jahr 2006 sprachen sich 78 % der unter 25-jährigen dafür aus, dass unser Land EU-Mitglied bleibt, im Jahr 1995 waren es nur 62 %. Die Unionsmitgliedschaft wird von Jugendlichen im Jahr 2006 also deutlich positiver beurteilt, als dies bei Jugendlichen des Jahres 1995 der Fall gewesen ist. Die größten Skeptiker sind unter den ältesten Befragten zu finden: Nur 61 % der Personen ab 66 Jahren befürworteten im Herbst 2006 die Mitgliedschaft Österreichs in der EU.

Niedriger schulischer Ausbildungsgrad – höhere Europa-Skepsis

Während das „Projekt Europa“ in den höchsten Bildungsschichten mit

grundsätzlicher Sympathie betrachtet wird, verliert es bei einer nicht unbeträchtlichen Zahl in der Gruppe der Personen mit niedrigerem schulischem Ausbildungsgrad an Vertrauen. Diese „Europa-Skepsis“ zeigt sich nicht nur in der Beurteilung der EU-Mitgliedschaft selbst, sondern kommt bei allen mit dem „Thema EU“ in Zusammenhang stehenden Punkten deutlich zum Ausdruck.

EU-Sympathie bei Anhängern von ÖVP und Grünen – EU-Skepsis bei FPÖ- und SPÖ-Anhängern

Seit dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 ist das Meinungsbild von ÖVP- und FPÖ-Anhängern in seiner grundlegenden Tendenz konstant geblieben – im Positiven wie im Negativen. Ein Wandel der Einstellung ist hingegen bei Sympathisanten der SPÖ und der Grünen zu erkennen. Während die zahlenmäßig große Gruppe der SPÖ-Anhänger EU-skeptischer geworden ist, steht die kleine Gruppe der Grün-Anhänger der Mitgliedschaft nunmehr positiver gegenüber. Dass die generelle Einstellung der Österreicher zur EU einen leicht negativen Verlauf zeigt, ist nicht zuletzt auf diese Veränderungen zurückzuführen.

Kritische Bilanz über die Vorteile der EU-Mitgliedschaft

Je deutlicher positive, direkte Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft im täglichen Leben wahrgenommen werden, desto eher wird dies auch die Meinung über die EU nachhaltig beeinflussen. Eine aktuelle, im Auftrag der ÖGfE durchgeführte Umfrage von FESSEL+GfK Austria zeigt jedoch, dass diese unmittelbaren Vorteile nur in geringem Maße wahrgenommen

werden. Perzipierte persönliche Vor- und Nachteile halten einander in etwa die Waage (28 % zu 30 %), vier von zehn Befragten sehen keine relevanten Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf ihr persönliches Leben.

Dagegen werden die Vorteile, die unserem Land aus der Mitgliedschaft in der EU entstehen, in einem deutlich höheren Ausmaß wahrgenommen. Im Oktober 2006 antworteten 51 % der Befragten, dass Österreich insgesamt gesehen Vorteile aus der Mitgliedschaft habe, während dies von 37 % verneint wurde.

Was die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile für unser Land betrifft, so scheint ein ausgeprägtes Kommunikationsdefizit zu bestehen. So meinten im Februar 2005 22 % der Befragten, dass Österreich hinsichtlich der Belebung der Konjunktur besser abgeschnitten hätte, wenn unser Land nicht EU-Mitglied wäre. 31 % nahmen hier eine Gegenposition ein. Dass Österreich auf sich alleine gestellt bei der Bekämpfung der Inflation erfolgreicher gewesen wäre, meinten 26 %. Dieser Position widersprachen nur 20 % der Befragten.¹ Ein Jahr später gaben 49 % der Österreicher an, dass unser Land im Bereich der Wirtschaft ohne EU-Beitritt gleich gut oder besser gefahren wäre.

Ein nicht geringer Prozentsatz der Befragten ist also der Ansicht, dass es für Österreichs wirtschaftliche Situation mehr oder weniger unerheblich sei, ob unser Land EU-Mitglied ist oder nicht. Diese Indifferenz gegenüber den Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses sollte umso mehr Beachtung finden, da diese auf eine deutlich artikulierte EU-Kritik oder -Gegnerschaft stößt, die ihrerseits breiten Raum in der medialen Berichterstattung findet.

¹ Rest auf 100% = „gleich gut“ und „weiß nicht / Keine Angabe“.

Künftige Erweiterungen – Wie soll sich die EU in Zukunft entwickeln?

Wurde die Erweiterung der Europäischen Union um unsere Nachbarstaaten noch von einer relativen Mehrheit der Befragten ausdrücklich begrüßt oder mit Indifferenz betrachtet, so wird die Aufnahme weiterer Länder skeptischer beurteilt. Einzig der Beitritt Kroatiens trifft auf Zustimmung, während bereits der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens mit Zurückhaltung begegnet wurde. Auf beinahe völlige Ablehnung stößt der Beitrittswunsch der Türkei.

Die Österreicher sehen die EU künftig weniger als eine politische Einheit als einen gemeinsamen Wirtschaftsraum. So meinen 67 % der Befragten, dass die EU eine gemeinsame Wirtschaftspolitik betreiben sollte. Die EU als starke politische Einheit wünscht sich dagegen nur ein Drittel, die Entwicklung zu einer Weltmacht wird lediglich von 16 % als erstrebenswert erachtet. Ein sehr hoher Prozentsatz (82 %) vermisst die soziale Komponente der Union und übt deutliche Kritik an den „großen Mitgliedstaaten“, da diese zu stark eigene Interessen verfolgten. Durchwegs negative Beurteilungen erfährt die EU dort, wo sie in nationale Eigenheiten einzugreifen scheint, bzw. in jenen

Bereichen, in denen Österreich im Bewusstsein der Bevölkerung eine Vorreiterrolle einnimmt (Umweltschutz, Anti-Atomkraftpolitik, Sicherheit). Hier sollte die EU nach Meinung der Befragten den österreichischen Weg einschlagen.

Europa hat ein Kommunikationsproblem – die Mitgliedstaaten sind gefordert

12 Jahre nach dem Beitritt zur Europäischen Union wird das „Projekt Europa“ recht ambivalent beurteilt, EU-Skepsis ist mancherorts vorhanden. Europa leidet an einem Kommunikationsproblem, in der öffentlichen Wahrnehmung dominieren die Negativmeldungen, während Erfolge als selbstverständliche Randnotiz zur Kenntnis genommen werden. Um zu einer positiven Veränderung der Einstellungen zur EU zu gelangen, ist es daher notwendig, verstärkt zielgruppenorientierte Informationen über die Vorteile der EU-Mitgliedschaft bereitzustellen und darzulegen, dass auch der/die Einzelne profitiert. Gerade das so erfolgreiche Engagement österreichischer Banken und Versicherungen ist zwar landläufig bekannt, die Vorteile, die sich daraus für den/die Bürger/in in Österreich ergeben, jedoch kaum.

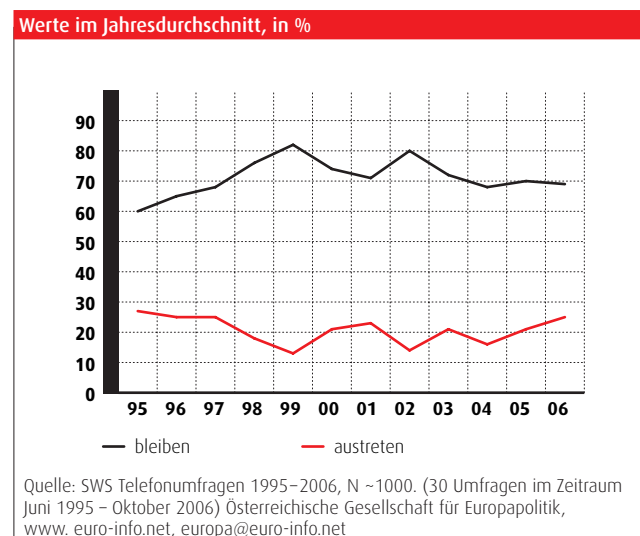
Schlussendlich sind allerdings auch die Mitgliedstaaten gefordert zu kommunizieren, welche Aufgabenbereiche in die Verantwortung der europäischen Institutionen fallen und wo der Nationalstaat Maßnahmen ergreifen muss. Die in allen Mitgliedsländern verbreitete Strategie, Positivmeldungen als nationalen Sieg gegen „die in Brüssel“ zu verkaufen, um damit innenpolitisch an Terrain zu gewinnen, ist sicherlich nicht dazu angetan, die Europäische Union ihren Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen.

Nähere Informationen auf www.euro-info.net.

euroropa@euro-info.net

Franz Birk
Stefan Schaller

Zeitreihe: Sollte Österreich, Ihrer Meinung nach, Mitglied der Europäischen Union bleiben oder wieder austreten?



Daten und Fakten Österreich

BIP / Entstehung

real	2003	2004	2005	2006
BIP	1,1	2,4	2,0	3,2
Land- und Forstwirtschaft	-1,8	6,0	-2,7	6,1
Sachgütererzeugung u. Bergbau	0,2	2,4	2,4	7,2
Energie- u. Wasserversorgung	-2,1	5,4	-0,8	4,0
Bauwesen	5,7	1,4	2,1	4,9
Handel	0,5	1,3	0,3	1,3
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	1,5	1,4	1,6	1,3
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1,2	3,7	4,0	1,9
Kredit- u. Versicherungswesen	5,3	7,5	6,9	3,8
Realitätenwesen	1,3	4,1	1,7	2,3
Öffentliche Dienste	0,6	-0,8	1,7	0,1
Sonstige Dienstleistungen	1,2	1,2	2,8	1,0

BIP / Verwendung

real	2005	2006	2007	2008
			Prognose BA-CA	
BIP	2,0	3,2	2,8	2,3
Privater Konsum	1,7	1,8	2,2	2,3
Öffentlicher Konsum	1,9	0,9	1,4	1,4
Bruttoinvestitionen	-0,4	4,3	5,5	3,4
Ausrüstungen	0,2	5,3	5,3	3,2
Bauten	0,4	4,6	3,5	2,4
Exporte i.w.S.	6,4	8,5	5,7	5,1
Waren	5,8	10,2	6,1	5,9
Reiseverkehr	2,8	1,8	3,5	2,4
Importe i.w.S.	5,2	6,8	5,8	5,6
Waren	5,9	6,8	5,5	6,2
Reiseverkehr	-6,9	6,2	4,0	2,6

Konjunkturindikatoren

	Sachgüter- erzeugung	Bau- produktion*	Einzelhandels- umsatz nom.	Über- nachtungen	Unselbst. Beschäftigte		Arbeitslosen- quote	VPI
	Vdg. z. Vj. in %	Vdg. z. Vj. in %	Vdg. z. Vj. in %	Vdg. z. Vj. in %	in 1.000	Vdg. z. Vj. in %	nat. Def., in %	Vdg. in %
2001	2,1	-2,9	0,4	1,5	3.148,2	0,5	6,1	2,7
2002	0,0	1,2	0,6	1,1	3.154,5	0,2	6,9	1,8
2003	2,2	11,0	1,5	1,3	3.184,1	0,9	7,0	1,3
2004	7,4	2,8	2,4	-0,6	3.199,0	0,5	7,1	2,1
2005	4,4	4,5	2,2	1,7	3.234,6	1,1	7,2	2,3
Jän. 2006	5,4	17,3	4,6	-1,5	3.185,9	1,1	9,3	1,2
Feb. 2006	6,3	12,2	3,3	0,9	3.196,8	1,4	8,9	1,2
März 2006	6,3	25,7	0,7	-14,3	3.213,2	0,9	7,8	1,0
April 2006	5,7	1,8	1,8	50,8	3.245,6	1,5	6,7	1,7
Mai 2006	9,0	16,2	5,0	-10,3	3.277,2	1,5	6,1	1,7
Juni 2006	8,1	2,3	1,8	7,4	3.306,4	1,6	5,6	1,5
Juli 2006	9,5	19,2	2,3	0,7	3.380,4	1,7	5,5	1,5
Aug. 2006	11,8	10,2	3,4	-7,8	3.365,9	1,8	5,6	1,8
Sept. 2006	8,9	13,9	1,3	4,5	3.336,3	1,9	5,6	1,4
Okt. 2006	9,2	13,3	1,5	4,3	3.320,3	1,9	6,1	1,2
Nov. 2006	8,0	15,6	1,6	4,7	3.303,0	1,8	6,6	1,6
Dez. 2006	13,7			3,4	3.258,0	1,6	7,9	1,5
Jän. 2007					3.245,0	1,9	8,3	1,6

*) Wert der technischen Gesamtproduktion von Hoch- und Tiefbau

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J			Wechselkurs		
	09.03. 2007	Ende Juni 2007	Ende Dez. 2007	09.03. 2007	Ende Juni 2007	Ende Dez. 2007	09.03. 2007	Ende Juni 2007	Ende Dez. 2007
Euroland	3,89	4,10	4,25	3,92	4,20	4,40			
USA	5,34	5,35	5,45	4,51	4,90	5,25	1,32	1,28	1,25
Japan	0,70	0,75	0,95	1,62	1,80	2,05	154,32	151,00	148,00
UK	5,52	5,70	5,80	4,78	5,05	5,20	0,68	0,67	0,68
Schweiz	2,23	2,25	2,25	2,67	2,70	2,80	1,61	1,60	1,60

Quelle: BA-CA Economics & Market Analysis, HVB-Research, Statistik Austria, Thomson Financial

Daten und Fakten International

BIP (real, Vdg. in %)

	Prognose						Prognose					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Österreich	1,1	2,4	2,0	3,2	2,8	2,3	1,3	2,1	2,3	1,5	1,7	1,8
Deutschland	-0,2	1,3	0,9	2,7	1,6	1,5	1,0	1,7	2,0	1,7	2,1	1,7
Euroland	0,8	1,7	1,5	2,8	2,3	2,2	2,1	2,1	2,2	2,2	1,9	1,9
USA	2,5	3,9	3,2	3,3	2,1	2,8	2,3	2,7	3,4	3,2	2,4	2,5
Japan	1,5	2,7	1,9	2,2	2,3	1,8	-0,2	0,0	-0,3	0,2	0,4	0,7
UK	2,7	3,3	1,9	2,8	2,6	2,4	1,4	1,3	2,1	2,3	2,3	2,0
Schweiz	-0,2	2,3	1,9	2,9	1,8	1,7	0,6	0,8	1,2	1,1	0,9	1,1

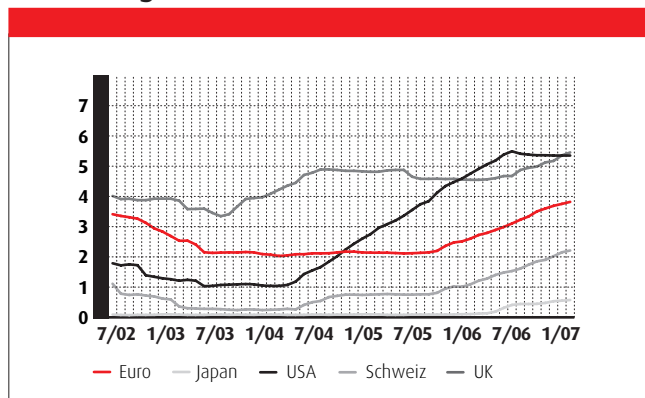
VPI (in %)

Budgetsaldo (in % des BIP)

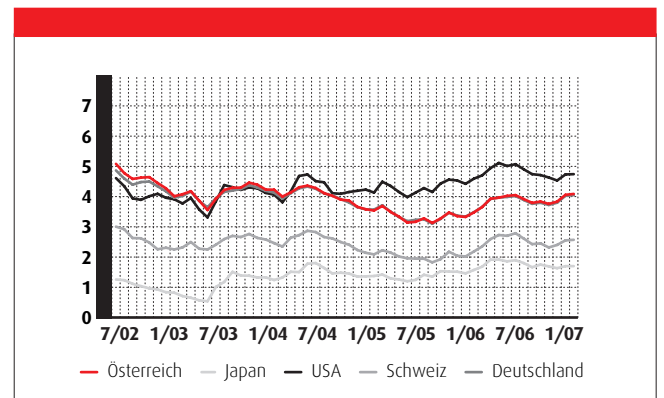
	Prognose						Prognose					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Österreich	-0,5	-1,5	-1,1	-1,5	-1,2	-1,0	-	-	-	-	-	-
Deutschland	-3,7	-4,0	-3,7	-3,2	-2,2	-1,4	-	-	-	-	-	-
Euroland	-2,6	-3,1	-2,8	-2,5	-2,1	-1,6	0,8	0,4	0,7	-0,1	-0,3	-0,2
USA	-2,2	-3,6	-3,4	-2,6	-1,9	-1,6	-4,5	-4,8	-5,7	-6,4	-6,6	-5,9
Japan	-5,9	-6,8	-6,4	-5,6	-3,8	-3,2	2,9	3,2	3,7	3,7	3,7	3,9
UK	1,8	3,5	3,6	3,3	3,1	3,4	-1,6	-1,3	-1,6	-2,4	-2,5	-3,0
Schweiz							8,4	13,4	13,5	15,3	14,9	15,5

Leistungsbilanz (in % des BIP)

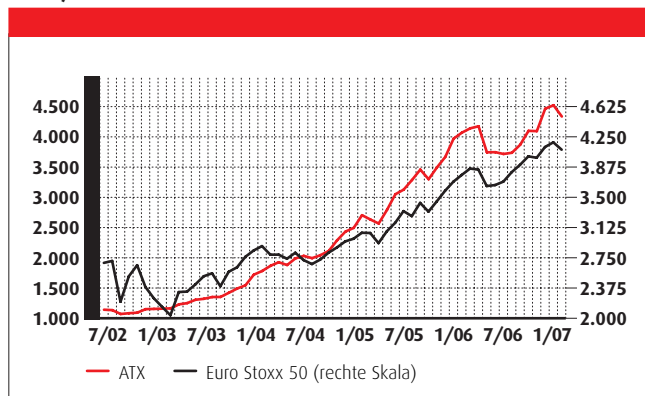
3-Monatsgeld



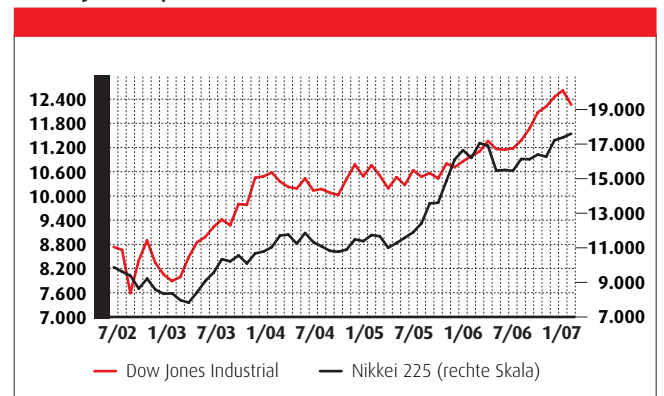
Sekundärmarktrendite



ATX / Euro Stoxx



Dow Jones / Nikkei 225



Daten und Fakten

Osteuropa

BIP (real, Vdg. in %)

	BIP (real, Vdg. in %)						VPI (Jahresdurchschnitt in %)					
	2003	2004	2005	2006	Prognose		2003	2004	2005	2006	Prognose	
					2007	2008					2007	2008
Bulgarien	4,5	5,7	5,5	6,3	6,5	6,3	2,3	6,2	5,0	7,3	6,2	4,7
Estland	7,1	8,1	10,5	11,3	9,5	8,8	1,3	3,0	4,1	4,4	4,1	3,3
Lettland	7,2	8,5	10,2	11,9	9,0	8,0	2,9	6,2	6,7	6,5	6,2	5,3
Litauen	10,5	7,0	7,6	7,4	7,4	6,4	-1,2	1,2	2,7	3,8	4,2	3,5
Polen	3,8	5,3	3,5	5,8	5,1	4,6	0,8	3,5	2,1	1,0	2,9	2,8
Rumänien	5,2	8,4	4,1	7,8	6,0	5,5	15,3	11,9	9,0	6,6	4,8	4,5
Slowak. Rep.	4,2	5,4	6,0	8,2	7,5	5,7	8,5	7,5	2,7	4,5	2,2	2,1
Slowenien	2,7	4,4	4,0	5,2	4,3	4,5	5,6	3,6	2,5	2,5	2,3	2,1
Tschech. Rep.	3,6	4,2	6,1	5,9	4,5	4,3	0,1	2,8	1,9	2,5	2,9	3,0
Ungarn	3,4	4,9	4,2	3,9	2,5	3,3	4,7	6,8	3,6	3,9	7,0	3,2
EU-10	4,2	5,6	4,7	6,3	5,3	4,9	3,5	5,1	3,4	3,1	3,8	3,2
Kroatien	5,3	3,8	4,3	4,7	4,2	4,3	1,8	2,1	3,3	3,2	2,5	2,7
Mazedonien	2,8	4,1	3,8	2,8	4,0	4,5	1,2	-0,4	0,5	3,2	2,1	2,5
Türkei	5,8	8,9	7,4	5,2	5,4	6,4	21,6	10,6	8,2	9,6	8,1	5,9
Albanien	5,8	6,2	5,6	5,5	5,5	6,0	2,4	2,9	2,4	2,4	2,7	2,8
Bosnien-H.	3,0	6,0	5,5	5,9	5,7	6,0	0,1	0,7	3,7	7,4	2,0	3,5
Montenegro	2,4	3,7	4,1	6,0	5,5	5,5	6,7	2,4	2,4	3,0	2,6	2,5
Russland	7,3	7,2	6,4	6,7	6,2	6,0	13,6	10,9	12,7	9,7	8,9	8,1
Serbien	2,4	9,3	6,2	5,7	6,0	6,3	9,9	11,4	16,2	11,7	6,6	6,4
Ukraine	9,4	12,1	2,6	7,0	6,0	5,5	5,2	9,0	13,5	9,1	11,5	8,9

Arbeitslosenquote (in %)

	Arbeitslosenquote (in %)						Budgetsaldo (in % des BIP)					
	2003	2004	2005	2006	Prognose		2003	2004	2005	2006	Prognose	
					2007	2008					2007	2008
Bulgarien	14,3	12,7	10,7	9,1	8,0	7,5	0,0	1,7	2,3	3,7	2,0	1,5
Estland	10,0	9,7	7,9	5,9	5,5	5,3	2,4	1,5	1,6	1,4	0,8	0,5
Lettland	10,6	10,4	8,9	6,9	6,0	5,7	-1,6	-1,1	-1,0	-0,3	-1,2	-1,1
Litauen	12,4	11,4	8,3	5,9	5,5	5,3	-1,2	-1,5	-0,5	-0,2	-0,6	-1,1
Polen	20,0	19,1	17,6	14,9	13,3	12,1	0,0	0,0	-2,6	-1,7	-3,6	-3,1
Rumänien	7,6	6,8	5,8	5,4	5,3	5,2	-2,2	-1,2	-0,8	-1,7	-2,3	-2,4
Slowak. Rep.	15,2	14,3	11,6	10,4	9,0	8,5	-3,5	-3,0	-3,1	-3,4	-2,9	-2,4
Slowenien	6,7	6,3	6,5	6,0	5,9	5,8	-2,8	-2,3	-1,4	-1,0	-1,3	-1,5
Tschech. Rep.	9,9	9,8	8,9	7,7	7,3	7,1	-12,5	-2,9	-3,6	-3,8	-4,6	-3,5
Ungarn	5,9	6,1	7,2	7,5	7,6	7,3	-7,4	-6,5	-7,5	-9,8	-6,8	-4,2
EU-10	13,2	12,4	11,7	10,1	9,2	8,6	-6,1	-3,9	-2,8	-2,8	-3,4	-2,7
Kroatien	14,1	13,8	12,7	12,0	11,6	11,2	-6,1	-4,9	-4,1	-3,0	-2,8	-2,5
Mazedonien	37,2	37,3	37,3	36,0	34,5	33,0	-0,7	0,3	0,2	-0,2	-1,1	-1,5
Türkei	10,5	10,3	10,3	9,7	9,3	9,0	-11,5	-7,0	-2,0	-0,7	-2,6	-2,0
Albanien	14,4	14,3	14,1	14,0	13,5	13,0	-4,4	-5,2	-3,4	-3,0	-3,2	-3,3
Bosnien-H.	42,0	43,1	44,6	43,0	42,5	41,0	-2,2	-0,6	2,6	1,6	1,1	0,4
Montenegro	22,7	27,7	27,4	22,3	19,7	18,1	-2,7	0,1	2,7	0,2	0,7	0,9
Russland	8,4	8,2	7,7	6,9	6,3	5,8	1,4	4,5	7,5	7,0	4,0	2,0
Serbien	14,6	18,5	20,8	22,2	21,0	19,8	-1,1	0,9	1,9	0,9	0,3	0,5
Ukraine	9,1	7,8	7,2	6,9	7,4	8,3	0,1	-3,1	-2,0	-1,0	-3,3	-4,0

Quelle: Nationale Statistiken, UniCredit Group New Europe Research Network

Daten und Fakten

Osteuropa

Leistungsbilanz (in % des BIP)

	Prognose						Prognose					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bulgarien	-9,2	-5,8	-11,3	-16,0	-14,2	-11,0	60,2	64,4	71,4	75,0	81,0	83,5
Estland	-11,6	-12,5	-10,5	-12,3	-12,0	-11,6	66,0	78,3	86,0	92,8	96,3	100,1
Lettland	-8,2	-13,0	-12,7	-22,1	-18,6	-15,7	79,5	93,2	100,7	117,5	121,8	124,9
Litauen	-6,8	-7,7	-6,9	-11,5	-9,6	-8,9	40,6	42,5	50,8	54,3	56,0	57,1
Polen	-2,1	-4,2	-1,7	-2,1	-2,5	-2,8	43,7	46,6	46,0	45,9	45,8	45,4
Rumänien	-5,8	-8,4	-8,7	-10,7	-11,5	-11,2	33,9	30,1	31,0	29,3	27,6	27,2
Slowak. Rep.	-0,8	-3,6	-8,6	-8,0	-5,6	-3,9	52,8	49,9	58,5	48,6	46,6	44,9
Slowenien	-0,4	-2,1	-2,0	-2,6	-2,4	-2,5	52,2	58,5	71,0	77,4	81,7	85,1
Tschech. Rep.	-6,2	-6,1	-2,1	-4,7	-3,8	-3,8	34,1	36,4	37,9	37,6	37,3	37,0
Ungarn	-8,7	-8,6	-6,8	-7,0	-5,1	-4,4	64,7	70,3	77,0	86,7	83,7	83,3
EU-10	-4,6	-6,0	-4,6	-6,0	-5,7	-5,4	46,7	50,4	51,7	52,5	52,1	52,2
Kroatien	-7,1	-5,1	-6,4	-8,2	-7,5	-6,9	83,6	80,2	82,5	86,1	87,0	86,6
Mazedonien	-3,3	-7,7	-1,4	-0,3	-1,5	-2,1	39,2	37,9	39,2	39,0	38,8	37,8
Türkei	-3,4	-5,2	-6,3	-8,0	-7,2	-7,9	58,7	53,4	48,7	-	-	-
Albanien	-7,1	-4,8	-8,8	-9,5	-8,9	-8,6	24,8	22,7	21,6	21,3	21,1	19,9
Bosnien-H.	-22,6	-20,6	-21,8	-13,1	-16,8	-16,3	55,3	48,7	57,9	57,1	58,0	59,7
Montenegro	-7,1	-7,8	-9,4	-25,1	-18,0	-14,3	35,6	39,2	41,7	39,9	38,5	40,9
Russland	8,3	9,9	10,9	10,2	7,1	5,1	41,9	34,9	33,8	34,5	36,0	36,5
Serbien	-7,2	-11,6	-8,5	-12,0	-9,9	-9,7	66,7	66,3	59,2	62,2	63,7	63,8
Ukraine	5,8	10,5	3,1	-0,6	-3,3	-5,5	47,5	35,5	48,9	44,1	47,7	48,8

Auslandsverschuldung (in % des BIP)

Leitzinssatz p.a. (Periodenende in %)

	Prognose						Prognose					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bulgarien	-	-	-	-	-	-	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Estland	-	-	-	-	-	-	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65
Lettland	3,00	4,00	4,0	5,0	5,5	5,5	0,65	0,67	0,703	0,703	0,703	0,703
Litauen	-	-	-	-	-	-	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45
Polen	5,25	6,50	4,5	4,0	4,8	4,5	4,40	4,53	4,03	3,90	3,89	3,90
Rumänien	21,3	17,3	7,5	8,75	8,0	7,5	3,76	4,05	3,62	3,52	3,38	3,38
Slowak. Rep.	6,00	4,00	3,0	4,8	4,3	4,0	41,5	40,1	38,6	37,3	34,9	33,7
Slowenien	5,00	3,25	3,8	3,8	4,0	4,0	233,7	238,9	239,6	239,6	EUR	EUR
Tschech. Rep.	2,00	2,50	2,0	2,5	3,0	3,5	31,8	31,9	29,8	28,3	27,8	27,2
Ungarn	12,50	9,50	6,0	8,0	6,5	4,5	253,5	251,7	248,1	264,3	256,0	255,0
EU-10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kroatien	6,24	4,93	4,38	3,80	4,00	4,00	7,56	7,50	7,40	7,33	7,30	7,25
Mazedonien	6,20	9,00	8,52	5,74	6,00	6,00	61,3	61,9	61,2	61,5	61,5	61,5
Türkei	26,00	18,00	13,50	17,50	16,50	14,00	1,70	1,78	1,68	1,81	1,92	1,97
Albanien	6,50	5,25	5,00	5,50	5,75	5,75	137,6	127,6	124,2	123,0	121,5	120,0
Bosnien-H.	-	-	-	-	-	-	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Montenegro	-	-	-	-	-	-	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Russland	16,00	13,00	12,0	11,0	10,0	9,0	34,7	35,8	35,2	34,1	34,7	33,3
Serbien	10,63	16,30	19,8	14,0	10,0	8,0	65,1	72,6	83,2	84,4	78,6	77,9
Ukraine	7,00	9,00	9,5	9,5	9,5	9,5	6,0	6,6	6,4	6,3	6,7	6,6

Wechselkurs zum Euro (Jahresdurchschnitt)